

*"Wir vereinigen in uns die Sorge um unser Haus und zugleich um unsre Stadt. Wir sind unterschiedlichen Tätigkeiten zugewandt, und doch ist auch in den städtischen Angelegenheiten keiner ohne Urteil. (...)
Bei uns heißt einer, der daran gar keinen Anteil nimmt, nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter." (Perikles, 400 v.u.Z.)*

Leipzig, 01. September 2004

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates von Leipzig,

wir haben in der letzten Wahlperiode mit großem Interesse die Entwicklung der kommunalen Versorgungsbetriebe und Unternehmen verfolgt.

Dabei waren wir nicht mit allen Entscheidungen des Stadtrates einverstanden. Einige von uns, wie attac und BUND haben den Abschluss der Cross-Border-Leasing-Verträge kritisiert und halten diese nach wie vor für einen Fehler.

Nachdem das US-amerikanische Parlament dieser Praxis ein Ende bereitet hat, hoffen wir, dass die abgeschlossenen Verträge nicht doch noch ein teures Nachspiel für die Stadt Leipzig haben werden.

Dennoch konnten wir uns besonders – wie alle Leipziger Bürgerinnen und Bürger – über die positive wirtschaftliche Entwicklung z.B. der Stadtwerke Leipzig als größtem kommunalen Unternehmen freuen.

Die Tatsache, dass die Stadtwerke Leipzig sich wieder zu 100 % im Besitz der Kommune befinden, ist für uns ein positives Signal.

Die zuletzt ausgewiesenen 52,8 Mio. EUR Gewinn kommen schließlich den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Leipzig zu Gute und eben nicht anonymen Aktienbesitzern oder Fondsgesellschaften.

Wir halten es für überaus wichtig und für eine handlungsfähige Stadt sogar lebensnotwendig, dass sie ihre Aufgaben zur Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und zur Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur mit eigenen Mitteln und unter demokratischer Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger wahr nimmt.

Die vermeintlichen finanziellen Zwänge dürfen nicht zum Verkauf des „Tafelsilbers“ führen!

Zahlreiche Beispiele im In- und Ausland belegen, dass die kurzfristigen Einnahmen aus Privatisierungen kommunaler Unternehmungen und Versorgungseinrichtungen nicht nur zu Lasten der betroffenen Beschäftigten (durch Tariffucht und Entlassungen), sondern über kurz oder lang zur Verschlechterung der Versorgungsqualität und/oder Erhöhung der Verbraucherpreise führen.

Ähnliche Entscheidungen bei uns wären nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, deren gewählte Vertreter Sie sind!

Die Privatisierung von Krankenhäusern - sei es, weil ihr laufender Betrieb oder notwendige Investitionen zu aufwändig erscheinen - stellt keine nachhaltige Politik dar.

Denn letztendlich bleibt die Stadt in der Verantwortung für die Versorgungssicherheit, falls private Investoren scheitern sollten.

Natürlich ist auch den Bürgerinnen und Bürgern klar, dass die finanziellen Spielräume der Stadt vor allem aufgrund der unzureichenden Gemeindefinanzierung durch Bund und Länder begrenzt sind. Weniger bekannt, aber ebenso wirksam, sind sicher auch die wachsenden Einflüsse, die durch die Europäische Union in Richtung Marktliberalisierung, Deregulierung und Wettbewerbsrecht ausgeübt werden.

Darüber hinaus stellen die Verhandlungen innerhalb der WTO zum GATS- Abkommen eine Bedrohung für die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit und demokratische Selbstbestimmung unserer Kommunen dar.

„Die EU hat die Kommunen in der Daseinsfürsorge bereits unter erheblichen Veränderungsdruck gesetzt. Sie ist dabei fast nur marktschaffend, aber kaum marktkorrigierend tätig. Das fördert eine Denk- und Handlungsweise, die vor allem der Rationalität des Marktes und der Logik des wirtschaftlichen Vorteils folgt. Wo allein die herrschen, da gibt es eigentlich keine Bürger mehr, sondern nur noch Kunden und Kosten.“ (Ex-Bundespräsident Johannes Rau bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages am 14. Mai 2003)

Sie sehen in den Unterzeichnern Mitstreiterinnen und Mitstreiter für eine vernünftige Finanzausstattung der Kommunen und Gegner einer Wettbewerbspolitik, die auf Kosten der kommunalen Unternehmen und damit der Bürgerinnen und Bürger neue Gewinnquellen für Global Player erschließen will.

Wir erwarten von Ihnen:

Beugen Sie sich nicht dem schnellen finanziellen „Erfolg“ von Privatisierungen städtischen Eigentums!

Informieren Sie sich und die Bürgerinnen und Bürger genau über die tatsächliche Notwendigkeit der Umsetzung von EU- Richtlinien!

Prüfen Sie alle Vorschläge zur Veränderung der kommunalen Eigentumsstrukturen und machen Sie sie für die Bürgerinnen und Bürger transparent!

Treffen Sie keine Entscheidungen, von deren Nachhaltigkeit Sie die Bürgerinnen und Bürger nicht überzeugen können!

Wir möchten Sie insbesondere zu einer öffentlichen Debatte über die in den letzten anderthalb Jahrzehnten in Leipzig beschlossenen Privatisierungen, Ausgliederungen und Public- Private- Partnership- Unternehmungen mit ihren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen auffordern.

Wir wünschen Ihnen für die neue Legislaturperiode viel Erfolg im Interesse unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger!

Jens Naumann
(attac Leipzig)

Udo Schieritz
(ver.di BR- Vorsitzender SWL)

Hans-Udo Weiland
(BUND Sachsen)

Bernhard Krabiell
(ver.di Leipzig-Nordsachsen)

*„Wohlgedenkt: Die kommunale Daseinsvorsorge soll effizient, kostenbewusst und wettbewerbsfähig sein. Sie soll darüber aber nicht ... den Blick verlieren für das Ganze und für das Gemeinwohl der örtlichen Gemeinschaft.
An diesem übergeordneten Ziel muss sie ausgerichtet bleiben; dafür müssen die Kommunalvertretungen sorgen können; dafür müssen sie demokratisch verantwortlich bleiben. Sonst geht es ihnen irgendwann wie der Regierung des Kaisers in Goethes Faust, von der es heißt: ‚Wir haben so viel Rechte hingegeben / Dass uns auf nichts ein Recht mehr übrig bleibt.“ (Johannes Rau, s.o.)*

**Wenn wir uns etwas nicht leisten können,
dann ist es die Privatisierung unseres städtischen Eigentums!**

Kontaktadresse: Jens Naumann, Dantestr. 18, 04159 Leipzig, e-mail: leipzig@attac.de